

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung

Donnerstag, 13. April 2023, 19.38 Uhr, Gemeindesaal

Vorsitz	Gemeindepräsident Walter Lipp
Protokoll	Gemeindeschreiberin Andrea Bertolosi
Anwesend Gemeinderat	Walter Lipp Barbara Schmid-Häseli Sonja Zeberg-Langenegger Pirmin Andermatt Zari Dzaferi Mark Gustafson Hans Küng
Stimmzähler	Marco Kathriner (Obmann) Martin Uster Silvan Romer Lars Affentranger Peter Bieri Clemens Eisenhut
Anzahl Anwesende	441 Stimmberechtigte 8 Gäste
Zeit	19.38 – 21.13 Uhr

Genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 14. Juni 2023.

Das Protokoll kann im Internet unter www.baar.ch eingesehen werden.

Begrüssung

Walter Lipp, Gemeindepräsident

Liebe Baarerinnen und Baarer
Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
Werte Gäste, guten Abend miteinander

Zuerst danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich, dass sie die Stühle geholt haben. Seit 27 Jahren erlebe ich es zum ersten Mal, dass die Gemeindeversammlung so gut besucht ist. Es ist ein wunderschönes Ambiente. Wir ziehen das jetzt durch – tragen Sie sich den 14. Juni ein. Wir werden rechtzeitig Stühle im Foyer platzieren.

Ich darf Sie im Namen des Gemeinderates ganz herzlich zur ersten Gemeindeversammlung im Jahr 2023 hier im Gemeindesaal begrüßen. Schön, dass so viele hier sind. Es freut uns, wenn Sie gut ins Jahr 2023 gestartet sind. Heute ist die erste Gemeindeversammlung für den neu zusammengesetzten Gemeinderat. Sie sind gut gestartet und stolz, hier vorne zu sein. Deshalb heissen wir Barbara Schmid-Häseli, Mark Gustafson und Hans Küng herzlich willkommen bei uns.

Wir haben eine sehr schöne Fasnacht erleben dürfen und auch die Ostern war mit einer leichten Bise zu ertragen. Wie Sie mitbekommen haben, wurde die auf den März angesagte Gemeindeversammlung wegen dem heutigen Traktandum «Baar-City» verschoben. Wir mussten Gewissheit haben, ob wir das Geschäft überhaupt vorschlagen können. Aber dazu später mehr.

Leider mussten wir Abschied nehmen von einer grossen Baarer Persönlichkeit. Am 25. März 2023 ist Alt-Gemeindepräsident Jürg Dübendorfer «Dübi» im Alter von 82 Jahren verstorben. Er war von 1987 bis 2006 im Baarer Gemeinderat und von 2003 bis 2006 Gemeindepräsident. Dübi hat sich zum Wohle der Bevölkerung eingesetzt und wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. Ich darf Sie nun kurz bitten, sich zu erheben und ihm zu gedenken. Danke.

Es freut uns, dass Sie sich Zeit genommen haben, um heute direkte Demokratie zu erleben. Wir haben heute Abend drei Traktanden, welche es zu behandeln gilt.

Einen speziellen Gruss geht an unsere Presse. Vom Zugerbieter ist Claudia Schneider, von der Zuger Zeitung Rahel Hug und von Zentralplus Valeria Wieser hier. Herzlich willkommen und besten Dank bereits jetzt für die gute Berichterstattung.

Die Einladungen und Publikation zur heutigen Gemeindeversammlung sind rechtzeitig erfolgt und somit kann die Gemeindeversammlung offiziell eröffnet werden. Zuerst ist das Büro zu bestellen: Von Amtes wegen ist unser bewährter Weibel, Marco Kathriner, dabei; als weitere Stimmenzähler kann ich vorschlagen: Martin Uster, Silvan Romer, Lars Affentranger, Peter Bieri und Clemens Eisenhut. Es macht niemand einen anderen Antrag. Die Stimmenzähler sind somit gewählt und ich danke ihnen für ihre Arbeit.

Weiter mache ich einen Hinweis auf das Stimmrecht. Nicht Stimmberechtigte haben sich zu melden. Wer sich nicht meldet, bzw. abstimmt, macht sich strafbar. Darf ich bitten, jene, welche nicht stimmberechtigt sind, kurz aufzustehen. Es sind 8 Gäste hier.

Ich kann Sie orientieren, dass seit der Drucklegung eine Interpellation der Mitte eingegangen ist. Darin werden verschiedene Fragen zur Tangente und zu den flankierenden

Massnahmen gestellt. Die hängigen Vorstösse sind auf Seite 4 der Vorlage aufgeführt. Die Motion von Erich Schmidiger, Baar, und die Interpellation der Alternative – die Grünen Baar werden wir heute Abend behandeln.

Die Behandlung der Traktanden erfolgt gemäss Vorlage. Sie sind damit einverstanden.

Traktandum 1

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2022 – Genehmigung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. März 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Das Protokoll ist aufgelegt und konnte eingesehen werden. Es gibt keine Fragen zum Protokoll.

Antrag

Das Protokoll sei zu genehmigen.

Beschluss

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Miete des Restaurants Baar-City durch die Einwohnergemeinde Baar

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. März 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Walter Lipp

Wie Sie aus der Vorlage entnehmen konnten, strebt der Gemeinderat eine Wiedereröffnung des seit 2018 geschlossenen Restaurants Baar-City an. Dies auf Initiative von Baarerinnen und Baarern. Wir wissen, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, ein solches Engagement einzugehen. Dennoch möchten wir dem Baarer Souverän die Frage unterbreiten, ob das Restaurant offen sein wird oder geschlossen bleiben soll. Sie können heute Abend entscheiden. Uns ist es wichtig, dass wir eine sachliche und faire Diskussion führen können.

Das Wort ist nun frei.

Thomas Gwerder

Die Gemeinde Baar möchte das Restaurant Baar-City vom Eigentümer Dieter Zobel mieten und weiter verpachten. Der Eigentümer Dieter Zobel hätte dann inskünftig die Gemeinde Baar als Vertragspartner und nicht den jeweiligen Pächter.

Das finanzielle Risiko der Gemeinde Baar beläuft sich auf die jährliche Fix-Miete von CHF 180'000.– und das für 10 Jahre. Das soll durch die Basisjahresmiete des Pächters abgedeckt werden. Mit der degressiven Umsatzmiete, die die RPGK als sehr sportlich sieht, würde die Gemeinde für ihren administrativen Aufwand sowie für die Bildung von Reserven und zur Risikooptimierung entschädigt.

Falls kein Pächter gefunden würde oder bei einem Pächterwechsel es zu einem Leerstand käme, ist das finanzielle Risiko der Gemeinde Baar CHF 15'000.– pro Monat plus die Nebenkosten.

Die RGPK bedauert, dass die gemäss dem Bebauungsplan zwingend öffentliche Nutzung in Form eines Restaurants seit März 2018 nicht umgesetzt wird und das Restaurant leer steht. Die RGPK findet es wünschenswert, dass die Öffentlichkeit wieder Zugang zum Restaurant Baar-City hätte, dennoch lehnt sie diese Vorlage mehrheitlich ab. Es ist aus Sicht der Mehrheit der RGPK keine Gemeindeaufgabe, das finanzielle Risiko sowie den administrativen Aufwand von einer nicht gemeindeeigenen Liegenschaft zu übernehmen. Die Minderheit findet das auch keine gemeindliche Aufgabe, aber in diesem speziellen Fall das finanzielle Risiko wert.

Alexandra Müller

Wir sind uns wohl alle einig, dass es wünschenswert wäre, wenn an besagter prominenter Lage wieder ein schönes Restaurant eröffnen würde. Es kann aber nicht sein, dass sich die Gemeinde Wünsche der Bevölkerung zur Aufgabe macht. Und schon gar nicht, wenn dies mit einem Ausfallrisiko von rund CHF 1.8 Mio. verbunden ist. Der jährliche Mietzins von CHF 180'000.– ist aus unserer Sicht relativ hoch angesetzt und

setzt einen Umsatz von mindestens CHF 2 Mio. pro Jahr voraus. Die FDP Baar ist nicht der Meinung, dass sich ein Pächter finden lässt, der diese Performance während 10 Jahren erbringen kann. Gerade weil die Branche derzeit ohnehin stark gebeutelt und von erheblichem Fachkräftemangel betroffen ist. Hinzu kommt: Wo würde man die Grenze ziehen? Wo müsste der Gemeinderat im Sinne einer Gleichbehandlung anderen notgeplagten Grundeigentümern unter die Arme greifen?

Dieses Projekt würde ein Präjudiz in die falsche Richtung schaffen. Die FDP anerkennt zwar den grossen Effort, den der Gemeinderat hier in die Wünsche der Bevölkerung investiert hat. Diese Wünsche sollen jedoch nicht zur Gemeindeaufgabe gemacht werden und schon gar nicht auf Kosten der Steuerzahler. Das kann nicht die Lösung sein. Die FDP Baar ist deshalb grossmehrheitlich gegen den Antrag, das Restaurant Baar-City zu mieten.

Mirjam Arnold

Im Namen der Mitte Baar möchte auch ich mich gegen die Miete des Restaurants Baar-City und somit gegen die jährlich wiederkehrenden Kosten von rund CHF 180'000.– aussprechen.

Seit sechs Jahren ist das Restaurant Baar-City aus bekannten Gründen geschlossen, obwohl laut dem Bebauungsplan Neumühle-Bahnhofstrasse aus dem Jahr 2012 nicht der Betrieb, sondern nur die ursprüngliche Realisierung eines öffentlich zugänglichen Gastronomiebetriebs mit mindestens 60 Sitzplätzen vorgeschrieben war. Seit sechs Jahren nimmt sich der Eigentümer das Recht heraus, das Restaurant geschlossen zu lassen. Die Angelegenheit mit der Eigentümerschaft ist, auch aus bekannten Gründen, nicht ganz einfach. Jedoch besteht der Wunsch der Bevölkerung nach einem Restaurant noch immer, weshalb der Gemeinderat die Option sieht, das Restaurant für rund CHF 180'000.– pro Jahr zu mieten und dann weiterzuverpachten.

Wahrscheinlich haben wir CHF 180'000.– schon dümmert ausgegeben. Und logischerweise wäre es auch wünschenswert, wenn das Restaurant nach all diesen Jahren wieder offen wäre. Das hat man ja auch der Bevölkerung versprochen. Doch wie wir schon gehört haben, sind wir von der Mitte der Meinung, dass dies nicht Aufgabe der Gemeinde ist. Die Miete von einem Restaurant ist weder eine öffentliche Aufgabe noch gehört sie zur Infrastruktur einer Gemeinde. Deshalb sagen wir Nein zu dieser Vorlage. Nein, denn wenn, dann war es damals die Aufgabe des Gemeinderates im ursprünglichen Bebauungsplan oder heute im Rahmen vom Vollzug, zu schauen, dass man die Realisierung des Restaurants wieder schafft. Das scheint jedoch offensichtlich auch heute nicht möglich zu sein.

Schlussendlich geht es in dieser Vorlage darum, dass wir uns fragen, was ist wünschenswert und was ist notwendig. Aus unserer Sicht ist es vielleicht wünschenswert, aber definitiv nicht notwendig.

Arne Tvedt

Wir sind als Partei noch relativ klein. Ich nehme die heutige Versammlung als Gelegenheit, allen in Erinnerung zu rufen, wofür bei der glp das L steht. Es steht für Liberal.

Einem liberalen Kredo gehört der Grundsatz, dass sich der Staat nur Aufgaben annehmen sollte, die entweder vom Staat erbracht werden oder von privaten Akteuren nur

sehr schlecht oder ungenügend erbracht werden. Beides ist offensichtlich nicht der Fall. Wir sind deshalb klar gegen diese Vorlage.

Gibt es eine Möglichkeit, ein Restaurant in diesem Gebäude erfolgreich zu betreiben? Wir sind der Meinung, dass dies der Fall ist, vorausgesetzt, es sind drei Bedingungen erfüllt: Es braucht einen Garant, einen Wirt, der ein klares Konzept hat, das auch tragfähig ist, er muss mit Herzblut dabei sein und der Eigentümer muss bei der Miete dem Garant entgegenkommen. Sei es temporär in einer Anlaufphase oder auf längere Zeit. Das ist klar in der Verantwortung des Eigentümers und gewiss nicht in der Verantwortung der Gemeinde.

Gisela Hotz

Ich wollte eigentlich nichts sagen. Doch wenn nun alle dagegen reden, möchte ich mich nun dafür äussern.

Ich gebe meinen Vorrednern recht. Aber ich bin eine Baarerin und wohne neben dem Silo. Ich schaue dieses Restaurant jeden Abend an und es ist dunkel. Das tut mir weh. Es stimmt, dass es viel Geld ist. Doch ich weiss auch, dass die Baarer Gemeinde Geld hat. Ich habe es ausgerechnet: Wenn 25'000 Einwohner in Baar leben, kostet das pro Monat und Person 60 Rappen. Das ist wenig, wenn ich denke, was ein Kaffee kostet.

Für mich erhält der Eigentümer heute Abend das, was er will. Er will kein Restaurant und wollte auch nie eines. Wenn wir heute Abend Nein stimmen, ist es das Ende des Restaurants. Es wird keine andere Gelegenheit mehr geben. Alle Personen, die gerne einen Aperio in einer schönen Bar draussen im Sonnenlicht und mit dem Monduntergang geniessen möchten, sollen daran denken, dass es unsere einzige Gelegenheit ist. Es sollen doch mindestens ein paar Leute ja stimmen.

Ronahi Yener

Im Namen der SP Baar nehme ich Stellung zum Geschäft «Baar-City». Die SP Baar freut sich darüber, dass sich der Gemeinderat dafür einsetzt, dass das Restaurant Baar-City wieder in Betrieb genommen wird. Es ist bekannt und bedauerlich, dass der Eigentümer des Restaurants seit fünf Jahren nicht kooperieren möchte und das ausgebaute Restaurant nicht betreibt. Dementsprechend wurde die Vorlage innerhalb der SP auch kritisch diskutiert. Unsere Mitglieder haben hinterfragt, ob es wirklich im Aufgabengebiet der Gemeinde liegt, den Eigentümer zu entlasten und Hand zu reichen, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass er kein aktives Interesse daran zeigt, etwas an dieser Situation zu ändern.

Das Baar-City liegt an einer exponierten Lage im Dorfzentrum. Wie wir gehört haben, ist es für die Baarer Bevölkerung von grosser Bedeutung. Dadurch, dass die Gemeinde Baar sich um die Vermietung des Restaurants kümmert, kann das Restaurant auch wirklich im Interesse der Bevölkerung betrieben werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Wiederbelebung des Restaurants einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität von Baar leisten wird.

Michael Riboni

Seit 12 Jahren gehe ich regelmässig an die Gemeindeversammlung. So etwas wie heute, habe ich noch nie gesehen. Das ist direkte Demokratie. Genau wegen solchen Versammlungen wie heute brauchen wir kein Parlament in Baar.

Wir sind uns heute wahrscheinlich alle in einem Punkt einig: Es wäre schön, wenn das Restaurant Baar-City wieder öffnen würde. Auch wir von der SVP würden das im Grundsatz begrüssen. Ein feines Essen und eine Aussicht auf die schönste Gemeinde der Schweiz – was möchte man mehr. Aber nicht unter den Bedingungen, die uns der Gemeinderat heute vorschlägt.

Für uns von der SVP sprechen mehrere Gründe gegen das vorliegende Geschäft. Ich möchte Ihnen diese kurz erläutern. Grundsätzlich gilt es auch aus unserer Sicht festzuhalten, dass es keine Aufgabe der Gemeinde ist, ein Restaurant zu mieten und weiterzuverpachten. Klar könnte man auch mit dem Restaurant im Hallen- und Freibad Lätlich, mit dem Sport-Inn oder der Krone argumentieren. Alle drei gehören der Gemeinde und die Gemeinde verpachtet sie weiter. Doch diese Lokale gehören der Gemeinde und sind Teil eines Hallenbads, einer Turnhalle oder von einem ehemaligen Verwaltungsgebäude. Alles sind öffentliche Mehrzweckgebäude und das ist letztlich eine andere Ausgangslage als hier beim Baar-City. Beim Baar-City würden wir das Lokal mieten und weiterverpachten. Das gesamte finanzielle Risiko von Leerstand, Pächterwechsel und Konkurs von Pächter wäre bei der Gemeinde. Und dieses finanzielle Risiko ist durchaus real, wenn man die Vergangenheit anschaut. Es haben dort schon Restaurants aus finanziellen Gründen schliessen müssen. Bei diesen Konditionen, CHF 180'000.– Miete im Jahr bzw. einem Umsatz von CHF 2 Mio., drohen uns auch dort bzw. einem Pächter finanzielle Schwierigkeiten.

Wenn Sie davon ausgehen, dass dieses Restaurant etwa 300 Tage im Jahr offen hat, also einen Wirtensonntag pro Jahr hat, muss der Pächter pro Tag, an dem geöffnet ist, ohne Betriebsferien, fast einen Umsatz von CHF 7'000.– machen. Oder anders gesagt, pro Tag, an dem geöffnet ist, müssen 90 Personen für mehr als CHF 80.– essen und trinken. Wir denken, dass das eine relativ sportliche Vorgabe ist. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass bei dieser Rechnung keine Betriebsferien einkalkuliert sind. Und man weiss, dass in Baar heute schon das eine oder andere Restaurant durchaus Mühe hat.

Zusätzlich zur Miete fallen auch noch Nebenkosten an, die ja zurzeit bekanntlich auch eher steigen als sinken. Klar können wir sagen, dass es dann schon laufen wird und bestimmt eine Nachfrage da ist. In der Vergangenheit hat das aber auch nicht funktioniert. Sind wir doch ehrlich zu uns selbst: Wie oft würde jeder einzelne hier drin pro Jahr dort einkehren und mehr als einen Kaffee oder ein Bier trinken?

Der Hauptgrund, warum wir von der SVP gegen dieses Geschäft sind, ist der völlig einseitige Mietvertrag. Dieser Mietvertrag wurde uns Parteien im Vorfeld der Versammlung zugestellt. Ein Mietvertrag, der den Eigentümer Dieter Zobel vollumfänglich absichert und sämtliche Risiken auf die Gemeinde überwälzt. Dieter Zobel erhält fix für 10 Jahre je CHF 180'000.–, also CHF 1.8 Mio., und hat null Risiken. Ich bin von Beruf Jurist und habe in meinem Berufsleben schon den einen oder anderen Vertrag gesehen und ausgehandelt. Auch Geschäftsmietverträge. Einen solch einseitigen Vertrag habe ich noch selten gesehen. In diesem Vertrag fehlen grundlegende Punkte, die es für einen fairen und ausgewogenen Vertrag braucht. Ich bin mir relativ sicher, dass keiner dieser schlaunen sieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte als Privatperson diesen

Vertrag als Mieter eingehen würde. Die Risiken sind schlichtweg zu einseitig verteilt. Ich nenne als Beispiel zwei Punkte. Es fehlt beispielsweise ein Vorkaufsrecht. Wenn Dieter Zobel morgen seine Liegenschaft an einen Immobilienfonds in Saudi Arabien verkauft, kann die Gemeinde nichts machen. Wir haben auf der anderen Seite ein paar Scheichs oder wer auch immer und verhandeln dann mit ihnen. Wir können nicht einmal die Liegenschaft kaufen, nicht mal den Fuss können wir in die Türe halten. Aber noch viel zentraler: es fehlt ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Gemeinde. Auch wenn dort mehrfach Pächter Konkurs gehen würden, hätte die Gemeinde keinerlei Ausstiegsmöglichkeiten während 10 Jahren. Dieter Zobel hat als Eigentümer ein paar Ausstiegsmöglichkeiten, die Gemeinde als Mieter jedoch nicht. Man sichert den Eigentümer also fix über 10 Jahre mit CHF 180'000.– jährlich ab und sämtliche Risiken müssten den Eigentümer nicht interessieren. Anders gesagt: er erhält risikolos CHF 1.8 Mio., der Staat garantiert und trägt die Risiken. Das erinnert einem ja schon fast an das CS-Debakel vor ein paar Wochen.

Die Vorlage ist gut gemeint, ich möchte dem Gemeinderat keinen schlechten Willen unterstellen. Aber ich denke, dass wir ehrlich zu uns selbst sein müssen. Wir diskutieren dieses Geschäft hier nur, weil es uns finanziell so gut geht. Wir haben jährlich Überschüsse – Pirmin Andermatt hat heute eine Medienmitteilung mit CHF 19 Mio. Überschuss im letzten Jahr verschickt. Nur deshalb diskutieren wir. Doch das ist bei diesem Geschäft der falsche Beweggrund. Als Gemeinde darf man nicht solche einseitige Verträge eingehen. Der Eigentümer tanzt der Gemeinde seit mehreren Jahren auf der Nase rum. Das ist etwas überspitzt gesagt. Nicht nur beim Baar-City, auch betreffend öffentliche Parkplätze in der Tiefgarage und beim Bahnhofplatz. Dort hat sich die Gemeinde jahrelang mit Herr Zobel im Klinsch befunden. Die Zuger Zeitung hat mehrfach darüber berichtet. Der Eigentümer ist kein verlässlicher Vertragspartner, das kann man auch in der Vorlage lesen. Dort steht, dass es langwierige und schwierige Vertragsverhandlungen waren. Statt dass die Gemeinde die Rechte betreffend die öffentliche Nutzung, die der Bevölkerung versprochen wurden, notfalls mit Anwälten rechtlich durchsetzt, belohnt man Herr Zobel noch mit einem Mietvertrag über 10 Jahre und CHF 1.8 Mio. Das geht aus Sicht der SVP nicht. Wenn der Otto-Normalbürger sich nicht an Vorgaben hält, wenn er beispielsweise eine Sonnenstore mit der falschen Farbe aufhängt, wenn es in der Baubewilligung so nicht vorgeben ist, kommt die Gemeinde, das Bauamt, und verlangt Korrekturen. Der Bürger erhält unter Umständen noch eine Busse. Zu Recht, denn wo Recht ist, soll auch Recht durchgesetzt werden. Aber hier passiert genau das Gegenteil. Wir belohnen einen grossen Immobilienbesitzer und man schaut weg. Da verstehe ich ehrlich gesagt auch die Logik der linken Seite nicht ganz. Dies ist nicht nur aus rechtsstaatlicher Sicht nicht korrekt, sondern es ist völlig falsch.

Wir von der SVP lehnen die Vorlage ab. Wir lassen uns nicht von einer Person so auf der Nase herumtanzen. Irgendwann wird der Eigentümer, oder auch allfällige Rechtsnachfolger des Eigentümers, genug von diesem jahrelangen Leerstand haben. Es wird vielleicht noch etwas dauern, doch irgendwann möchte ein Eigentümer dort wieder Geld verdienen und das Lokal nicht leer stehen lassen. Dann muss eben die Gemeinde ihre Rechte einfordern. Allenfalls auch mit Schadenersatzforderungen für die vergangenen Jahre. Stand heute möchte jedoch nur jemand etwas: das ist die Gemeinde. Wenn nur eine Seite ein ernsthaftes Interesse am Vertrag hat, kommen erfahrungsgemäss selten faire, ausgewogene und für beide Seiten gewinnbringende Verträge raus.

Im Namen der SVP Baar bitte ich Sie deshalb, der Vorlage nicht zuzustimmen und sie abzulehnen.

André Guntern

Die leidvolle Geschichte des Baar-City und Fakten zum heutigen Geschäft sind allseits bekannt. Einig sind sich auch die Befürworter und Gegner dieser gemeinderätlichen Vorlage darin, dass es ein Ärgernis ist, dass sich der Eigentümer nicht mehr selbst um einen Pächter kümmert, sondern die Gemeinde jetzt einspringen soll. Und das, obwohl es ja nicht die Aufgabe der Gemeinde ist. Unterschiedlicher Meinung sind wir hingegen dort, ob überhaupt eine Pächterin oder ein Pächter gefunden werden kann, ob das Restaurant auch wirklich rentabel betrieben werden kann und, je nach Beantwortung der ersten beiden Fragen, wie hoch schlussendlich das finanzielle Risiko und die Kosten während der Mietdauer von 10 Jahren für die Gemeinde sind.

Auch wir von der Alternative – die Grünen finden, dass der Mietpreis und damit verbunden der notwendige Umsatz, den es braucht, recht hoch ist. Aber da wir keinen Gastroexperten in unseren Reihen haben, können wir auch nicht abschätzen, ob sich unter den vereinbarten Voraussetzungen ein rentables Restaurant betreiben lässt. Wir müssen uns also für unsere Meinungsbildung auf die Informationen des Gemeinderates in der Vorlage stützen. So, wie wir das auch bei weit grösseren Millioneninvestitionen, wie beispielsweise Schulhäuser, ebenfalls machen. Aus der Vorlage entnehme ich folgendes: Der Gemeinderat weiss, wie hoch die Mieten waren, als das Baar-City noch in Betrieb war, er kennt Angebote von möglichen Interessenten für dieses Restaurant, was sie bereit wären zu bezahlen, und der Gemeinderat hat für diese Verhandlungen extra eine Beratungsfirma aus dem Gastrobereich beigezogen. Dabei sind auch Angebote mit vergleichbaren Objekten verglichen worden. Ich traue dem Gemeinderat zu, dass er abschätzen kann, bis zu welcher Miete eine Verpachtung und eine rentable Restaurantsführung auch realistisch ist, damit das finanzielle Risiko klein gehalten werden kann. Der Gemeinderat ist auch nicht auf die erstbeste Mietforderung eingetreten, sondern hatte bis zum Vertragsabschluss länger verhandeln müssen.

Um nicht nur von Kosten und Risiko zu sprechen, sondern auch von den Vorteilen und Chancen, mache ich zum Schluss noch eine Bemerkung. Auch in den Stellungnahmen, wir haben es heute auch von den verschiedenen ablehnenden Parteien und der RGPK gehört, wird einleitend der Leerstand bedauert oder es wird ein erneuter Restaurantbetrieb begrüsst. Denn das Restaurant über den Dächern von Baar mit Ausblick in die Berge, auf den Sonnenuntergang oder die Lichter in der Nacht wäre für Baar wirklich eine Attraktion. Natürlich bräuchte es besondere Anstrengungen, die Leute dort hin zu bringen. Doch schauen Sie einmal den Elefant an, oder den Freiruum in Zug. Es gibt heute junge Leute, die mit innovativen Gastrokonzepten Erfolg haben. Mit einem Nein zum Vertrag bestrafen Sie zwar den Eigentümer, denn er hat dann keine Einnahmen, was uns ja gleich sein kann, aber sie bestrafen auch die Baarer Bevölkerung. Denn dank dieser Auflage im Bebauungsplan sind wir alle ursprünglich davon ausgegangen, dass wir mit diesem Restaurant einen Mehrwert erhalten. Der Gemeinderat ist also bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Baarer Bevölkerung diese Attraktion von einem Aussichtsrestaurant mitten in Baar wieder erleben kann. Lassen Sie ihn nicht im Regen stehen, sondern unterstützen Sie ihn dabei mit der Zustimmung zu diesem Mietvertrag.

Einwohnerin von Baar

Ich bin etwas durcheinander, obwohl ich eigentlich genau weiss, was ich will. Als ich das erste Mal von der Vorlage gehört habe, war ich fassungslos. Ich dachte, es wäre

vielleicht auf die Fasnacht hin ein Witz. Als ich mich wieder gefasst habe, habe ich mit verschiedenen Personen gesprochen und auch verschiedenes gehört.

Ich gehöre keiner Partei an, sondern bin eine gewöhnliche Einwohnerin von Baar mit einem mittleren Einkommen. Wenn ich unter diesen Umständen einmal in diesem Restaurant essen möchte, müsste ich zuerst dafür sparen, sogar, wenn ich dort nur etwas trinken möchte. Vielleicht könnte man dem Pächter helfen, indem man im Restaurant Einrichtungen macht, wo man zum Beispiel fürs WC-Papier einen Betrag in ein Kässeli bezahlt und für dies oder das zusätzlich zahlen muss, damit mehr Geld reinkommen würde. Vielleicht könnte der Pächter so überleben. Aber er tut mir jetzt schon leid, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Pächter dort überleben könnte.

Ich bin eine ganz normale Einwohnerin von Baar und natürlich träume ich auch davon, einen Kaffee bei einer schönen Aussicht zu geniessen. Doch ich kann in der Umgebung von Baar – solange wir nicht alles verbaut haben – von einem schönen Aussichtspunkt aus die Aussicht geniessen. Und für die, die das nicht können, könnte man sich damit befassen, ob man vielleicht einen Turm in Baar bauen könnte. Einen hohen Turm, bei dem man noch viel mehr sieht.

Michael Radler

Eigentlich hatte ich nicht geplant, etwas zu sagen. Seit 20 Jahren habe ich ein Geschäft an der Dorfstrasse. Wir diskutieren mit Studien – wir haben mittlerweile die dritte Studie – wie wir das Baarer Dorf beleben möchten. Wir haben die Hälfte von diesen CHF 1.8 Mio. schon ausgegeben. Gemacht haben wir aber noch nichts.

Ich persönlich finde, dass es sicher eine gewagte Geschichte ist. Doch ich finde es eine gute Geschichte. Es könnte für uns ein Leuchtturm sein, ein Begegnungspunkt. Es ist nicht nur ein Restaurant, es hat auch eine Bar. Wir haben keine Bars mehr, wir haben wohl das Cheers doch für uns in unserem Alter gibt es kaum etwas, ausser noch die Neumühle.

Ich bin der Meinung, dass wir es für uns machen würden. Und danke Gisi, dass du vorhin gesagt hast, dass es 60 Rappen pro Tag kostet. Ich hätte Freude, wenn wir einen Leuchtturm hätten. Wenn wir für Baar wieder etwas Spezielles hätten. Dafür haben wir dieses Haus. Ich kenne Dieter Zobel seit über 20 Jahren persönlich und er ist kein einfacher Mensch, aber er ist umgänglich. Wir haben es fertiggebracht, dass die Gemeinde einen Diskussionspunkt mit ihm hat. Vielleicht geht es auch weiter. Ich hätte Freude, wenn Ihr Euch dafür entscheidet – ich bin dafür.

Pirmin Andermatt

Herzlich willkommen zu dieser interessanten Diskussion. Ich habe erwartet, dass es eine sachliche Diskussion wird und so war es auch. Vielen Dank für die Voten. Ich freue mich auch, dass das Verständnis da ist, dass der Gemeinderat nach längeren härteren Verhandlungen einen Lösungsvorschlag bringt und Sie heute Abend darüber abstimmen können.

Es ist ein exklusiver Standort und es kann ein Beitrag zur Steigerung der Standortattraktivität sein, wenn wir dort wieder eröffnen können. Es waren bisher drei Pächter im Baar-City. Der erste arbeitete auf eigene Rechnung und machte einen Umsatz von CHF 2 Mio. Die beiden anderen Pächter waren angestellt und haben den Umsatz nicht

mehr erbracht. Dann wurde das Restaurant geschlossen. Es sieht heute noch aus wie vor 6 Jahren, der Menüplan von dem Tag, an dem das Restaurant geschlossen wurde, liegt noch auf.

Das finanzielle Risiko wurde angesprochen. Die RGPK hat das schon beantwortet. Es sind CHF 180'000.– pro Jahr plus Nebenkosten. Wenn wir vom Schlimmsten ausgehen und das Restaurant bleibt 10 Jahre geschlossen, haben wir CHF 1.8 Mio. Kosten. Wenn dem aber so wäre, hätte der Gemeinderat Ihnen das Geschäft sicher nicht hier vorgestellt. Wir haben uns von einer professionellen Firma aus diesem Bereich beraten lassen. Natürlich ist es eine Herausforderung. Ohne Innovation und Herzblut und natürlich ohne Sie als Gäste würde es nicht funktionieren. Vor 10 Jahren gingen wir in dieses Restaurant, wenn wir Besuch oder ein Familienfest hatten. Es ist schön, auf unser Dorf hinunterzuschauen. Es ist eine Idee, um das Restaurant vielleicht wieder zu öffnen.

Wir haben viel über den Eigentümer gehört. Auch dass er das Haus möglicherweise nach Saudi-Arabien verkaufen könnte. Das ist Privatrecht – er kann es verkaufen, an wen er möchte. Wir haben angefragt, ob wir das Restaurant kaufen können. Das wurde kategorisch abgelehnt. Die harten Verhandlungen wurden angesprochen. Die Miete pro Monat war näher bei CHF 20'000.– als bei dem, was wir jetzt haben. Wir versuchen es nun mit diesem Betrag.

Die Hochrechnung mit CHF 15'000.– Miete pro Monat ergibt CHF 2 Mio. Umsatz. Das ist mit einer durchschnittlichen Marge von 9% gerechnet. Die Katag & Partners AG – das ist die Firma, die wir als Berater beigezogen haben – sagte, dass die Miete vom Umsatz 8 bis 10% betragen sollte. Normalerweise wird mit 9% gerechnet. Aufgerechnet sind das CHF 2 Mio. Das bedeutet CHF 167'000.– Umsatz pro Monat. Das sind CHF 6'680.– pro Tag bei 300 Tagen. Wir haben im Baar-City 90 Sitzplätze. Diese können am Mittag oder am Abend benutzt werden, das sind also insgesamt 180 Sitzplätze bei einer Auslastung von 100%. Mir ist klar, dass das eher illusorisch ist. Aber vielleicht kann man das mit Innovation erreichen. Das würde einen Umsatz von weit über CHF 240'000.– pro Monat ausmachen. Vielleicht hat man nur eine Auslastung von 40%. Dann ergibt das CHF 130'000.– oder CHF 140'000.– Umsatz. In diesem Bereich bewegen wir uns. Mit dem Basisszenario, das wir ausgerechnet haben, kommen wir auf einen Umsatz von CHF 167'000.– pro Monat bzw. CHF 6'680.– pro Tag. Dort eingerechnet sind sämtliche Kosten fürs Personal, das rund 45% ausmacht, Kosten für Warenaufwendungen, die etwas 20 bis 35% ausmachen und sämtliche Kosten für Werbung, Strom, Dekoration und Versicherungen, welche etwa 10% ausmachen. Dazu gehören auch Unterhalt, Ersatz und Abschreibungen.

Sie sehen auf der Berechnung (Folie), das Basisszenario, das wir angeschaut haben mit einem Umsatz von CHF 167'000.–, das hochgerechnet auf 12 Monate die CHF 2 Mio. Umsatz ergibt. Der Warenaufwand wird abgezogen. Im Schnitt wird der Warenaufwand mit 20 bis 35% gerechnet. Wir haben hier mit 27% gerechnet, was uns der verwendete Budgetrechner vorgegeben hat. Die Personalkosten habe ich vorhin angesprochen, das sind CHF 75'000.–, knapp die Hälfte, also 45%. Werbung Strom, Dekoration und Versicherung braucht es, wie auch Ersatz und Abschreibungen. In dieser Rechnung hat es zwei Variablen, die wir steuern können. Die eine ist die Miete, die wir mit CHF 15'000.– gerechnet haben, das ergibt den Umsatz, oder wir geben den Umsatz ein und kommen auf die Miete. Das deckt sich eins zu eins.

Das sind meine zusätzlichen Ausführungen. Wir haben noch nicht bewusst nach Interessenten gesucht. Das wäre ein falsches Signal. Wir hatten jedoch Anrufe, von möglichen Pächtern. Uns ist klar, dass das noch keine Zusage ist.

Für uns ist es ein Beitrag zur Steigerung der Zentrumsattraktivität. Und der Eigentümer bezahlt seine Steuern in Baar. So haben wir auch Einnahmen auf der anderen Seite.

Sonja Zeberg

Pirmin Andermatt hat schon sehr viel ausgeführt. Ich ergänze etwas zum Mietvertrag. Wir haben die Katag & Partners AG beigezogen, die wir auch bei der Suche der verschiedenen Pächter von unseren eigenen Restaurants als Support engagiert hatten. Man kann den Mietvertrag schon als einseitig bezeichnen, doch er hält Stand. Das Vorkaufsrecht haben wir schon angesprochen. Ein Vertrag ist immer auch eine Verhandlungssache. Für uns ist wichtig, dass, wenn wir den Betrieb übernehmen, alles stand hält. Es ist geregelt, dass alles Instand gesetzt werden muss und sauber übergeben wird.

Antrag

Für die Miete des Restaurants Baar-City seien die jährlichen, wiederkehrenden Kosten von CHF 180'000.– zu genehmigen.

Beschluss

Die jährlichen, wiederkehrenden Kosten von CHF 180'000.– für die Miete des Restaurants Baar-City werden deutlich abgelehnt.

Traktandum 3

Motion von Erich Schmidiger betreffend «Zinslose Darlehen für jegliche Photovoltaikanlagen sowie Solarthermieanlagen auf dem Barer Gemeindegebiet» – Entscheid über Erheblicherklärung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. März 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Andreas Lustenberger

Wir von der Alternative – die Grünen unterstützen das Motionsbegehren von Erich Schmidiger grundsätzlich. Er knüpft bei Punkten an, die auch von unserer Seite die letzten Jahre immer wieder hervorgebracht wurden und eine wichtige Berechtigung haben.

Es ist doch erschreckend zu sehen, wie schleppend die Energiewende in unserem Land aber auch in anderen Ländern voran geht. Alle, die vorhin um 18 Uhr bei der Veranstaltung zum Thema Wärmeverbund waren, haben die Folie gesehen, dass die Gemeinde Baar bei den erneuerbaren Heizenergien im Kanton Zug auf dem letzten Platz liegt. Und das, obwohl bezüglich Klimawandel eigentlich schon längst alle Fakten auf dem Tisch liegen. Im ganzen Credit Suisse-Getöse war vor ein paar Wochen der neuste Bericht des Weltklimarats untergegangen. Es wird dort gezeigt, dass wenn wir morgen jegliche Emissionen einstellen würde, sich die Welt trotzdem noch über Jahrzehnte erwärmen würde. Jeden Tag, an dem wir zu wenig machen, wird es schlimmer.

Ich war, wie Sie vielleicht auch, über Ostern ein paar Tage im Tessin zum Wandern. Ich war erschrocken, wie unglaublich trocken die Wälder jetzt schon wieder sind. Die Böden haben Risse. Es hat mich an die Bilder erinnert, die wir vor 10 Jahren von Hilfsorganisationen erhalten haben, wenn es um Projekte im südlichen Afrika ging. Der Kanton Tessin hat reagiert, das stand in der Zeitung, und ein härteres Wasserregime aufgezogen. Der Präsident der Tessiner Wasservereinigung hat etwas Spannendes gesagt: «Wir sind gross geworden im Wissen, dass wir im Wasserschloss Schweiz wohnen, wo es unbegrenzt Wasser gibt. Das stimmt heute mit dem Klimawandel nicht mehr.» Für uns Grüne ist es deshalb sonnenklar, dass wir handeln müssen. Das geht nicht nur an den internationalen Klimakonferenzen oder indem man am 18. Juni zum nationalen Klimaschutzgesetz ja sagt. Wir müssen den Hebel auch auf der lokalen Ebene stärker ansetzen. Genau das hat die Motion von Erich Schmidiger als Vorschlag eingebracht. Denn nur wenn wir auch auf der lokalen Ebene handeln, können wir die Klimaerwärmung eindämmen. Dies zum Beispiel in den kommunalen Richtplänen, die aktuell diskutiert werden, oder in der Bauordnung. Generell gilt, und das nicht nur in der Politik, je grüner desto besser.

Bei der Stromversorgung kommen neben dem Klimaaspekt, über den wir in der Motion reden, natürlich die geopolitischen und die finanzpolitischen Abhängigkeiten ins Spiel. Was das für Preisauswirkungen haben kann, wenn man keine erneuerbaren Energien hat und abhängig ist, sehen wir jetzt aktuell. Viele Haushalte haben es gesehen oder bekommen es mit der Nebenkostenabrechnung zu spüren. Deshalb ist es aus Sicht der Alternative – die Grünen absolut richtig und wichtig, dass man auch von

der staatlichen Seite her mehr in erneuerbare Energien investieren muss. Wir sehen das ganz klar als Aufgabe der Gemeinde.

Wir sind deshalb mit der Antwort des Gemeinderates nicht nur einverstanden. Er stiehlt sich aus unserer Sicht aus der Verantwortung. Auch wenn der in der Motion vorgeschlagene Weg nicht nur das Gelbe vom Ei sein möge. Doch ganz so einfach können wir es uns auch nicht machen und das Begehren ablehnen. Letztlich werden wir unseren Nachkommen oder den politischen Verantwortlichen, sei es auf Ebene Gemeinde, Kanton oder in Bundesbern, Rechenschaft ablegen müssen, wieso wir, obwohl wir alle Fakten auf dem Tisch haben, bei der anbahnenden Klimakrise doch eher langsam tätig oder sogar untätig geblieben sind.

Die Antwort des Gemeinderates unter Punkt 10, Fazit, zweiter Abschnitt, also wo sich der Gemeinderat selbst den Auftrag für die Erarbeitung einer Trägerschaft gibt, finden wir sehr gut. Im Kantonsrat, das haben wir mit dem Gemeindepräsidenten diskutiert, kennen wir es so, dass wir eine solche Motion im Sinne des Gemeinderates teilerheblich erklären könnten. Also genau so wie es auf Seite 13 zuunterst im Fazit geschrieben steht. Das gibt eine grössere Verbindlichkeit, dass der Gemeinderat den Auftrag auch umsetzt. Ich möchte nicht in Abrede stellen, dass er es macht. Ich habe mich in diesem Sinne vom Gemeindepräsidenten überzeugen lassen, dass er im Anschluss an die Voten auch noch sagen wird, wie sie den Auftrag umsetzen möchten oder wo sie stehen. Damit wir wissen, dass es vorwärts geht. In diesem Sinne würden wir dem Antrag des Gemeinderates zustimmen, dass er sich den Auftrag gibt, denn die Trägerschaft erachten wir als sinnvoll. In diesem Sinne sind wir einverstanden. Ich bitte aber den Gemeindepräsidenten, dazu noch etwas zu sagen.

Gaby Billing

Wir von der SP Baar stimmen dem Gemeinderat und der RGPK zu. Auch wir finden, dass Baar keine zinslosen Darlehen für jegliche PV- und Solarthermieanlagen gewähren sollte. Der Entscheid ist uns schwergefallen, da wir ja grundsätzlich Anliegen unterstützen, die dazu beitragen, dass erneuerbare Energien gefördert werden und wir so weniger abhängig von fossilen Energieträgern werden. Das Ziel der Mehrheit der Bevölkerung ist, dass möglichst viele geeignete Dächer und Fassaden mit PV-Anlagen ausgerüstet werden. Damit wir gemeinsam dieses Ziel erreichen, gibt es aber auch andere, wirkungsvollere Massnahmen. Zum Beispiel muss man dafür sorgen, dass es sich lohnt, eine PV-Anlage zu haben. Wenn die Einspeisetarife attraktiv sind, installieren Hauseigentümer so grosse PV-Anlagen wie nur möglich, da sie dann ihre Investitionen schneller zurückzahlen können. Wenn die Tarife tief sind, werden PV-Anlagen nur für den Eigenbedarf gebaut. Im Moment bezahlt die WWZ 20 Rappen pro Kilowattstunde. Der nationale Mindesttarif liegt bei 9 Rappen pro Kilowattstunde. Die CKW bezahlt 40 Rappen pro Kilowattstunde. Die Gemeinde Baar ist durch unseren Gemeindepräsidenten Walter Lipp im Verwaltungsrat der WWZ vertreten. Unsere Frage in diesem Zusammenhang ist, wie sich der Gemeindepräsident dafür einsetzen könnte, dass die Einspeisetarife höher werden und so auf diese Art ein Anreiz geschaffen werden könnte, damit das ganze Potential der Sonnenenergie genutzt werden kann.

Zurück zur Motion. Der Gemeinderat hat die Abteilung Finanzen / Wirtschaft sowie die Energie- und Klimakommission beauftragt, einen Vorschlag für eine Trägerschaft, die

sich für erneuerbare Energie einsetzt, zu machen. Wir finden das eine sehr prüfenswerte und gute Idee und erwarten vom Gemeinderat, dass er die Stimmbevölkerung darüber auf dem Laufenden hält.

Wir von der SP Baar beantragen, dass die Motion teilerheblich erklärt wird. Das gibt dem Gemeinderat nochmals die Chance, die Gemeindeversammlung darüber zu orientieren, was eine solche Solargenossenschaft bewirken könnte oder eben auch nicht.

Martin Zimmermann

Ich bin ähnlich wie Michi Riboni von dieser Kulisse beeindruckt. Auch wenn ich noch nicht so viele Jahre in Baar wohne und die Gemeindeversammlung besuchen konnte.

Natürlich sind wir von der glp sehr positiv gegenüber PV-Anlagen eingestellt und können dieser Motion durchaus etwas Positives abgewinnen. Doch wenn man sie näher betrachtet, haben auch wir einige Vorbehalte. Die Gemeinde, bzw. die Bevölkerung, hat in Anbetracht der Energiewende ein Interesse, PV-Zubau zu bevorzugen. Das Engagement des Staates soll subsidiär sein und nur dort ansetzen, wo die Privatwirtschaft und der Markt keine sinnvolle Hand bieten. PV ist in der Regel mittlerweile in den meisten Fällen wirtschaftlich. Es gibt bereits zielgerichtete Förderungen von Bund und Gemeinde. Es gibt auch Finanzierungsmöglichkeiten für die Realisierung, Stichwort „Contracting“ aus der Privatwirtschaft. Dem spricht nicht entgegen, dass wir selbst vor ein paar Jahren eine Motion eingereicht haben, bei der die Gemeinde auf ihren eigenen Gebäuden PV zubauen soll. Das wäre Sache der Gemeinde gewesen und es ist kein konkreter Widerspruch, was wir selbst beantragt haben.

Wir denken, dass die Gemeinde nur dort einschreiten soll, wo die Eigentümer nicht von der Privatwirtschaft entsprechend abgedeckt werden können. Das kann zum Beispiel dort sein, wo Fassaden-PV möglich wäre, die noch weniger wirtschaftlich, jedoch für den Winterstrom im Sinne der Energiewende sehr wichtig für uns ist. Aus diesem Grund haben wir auch eine Teilerheblicherklärung angestrebt. Dies im Sinne, dass nicht zwingend jede Anlage finanziert werden muss und auch, dass Solarthermie nicht in der Vorlage wäre. Wir haben mit dem Gemeinderat abgeklärt, inwiefern die Teilerheblichkeitserklärung im Sinne des kantonalen Rechts möglich ist. Wir sind uns durchaus einig, dass wir uns nicht einig sind. Deshalb wollten wir uns nicht anmassen, einen Antrag explizit auf Teilerheblichkeitserklärung zu stellen. Wir möchten jedoch dem Gemeinderat nahelegen, dass er es im Sinne der Ausführungen prüft und der Sache nachgeht. Wir stimmen in diesem Fall dem Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich zu.

Anhand meiner Vorrednerin möchte ich der WWZ, bzw. Walter Lipp, für die nächste Versammlung etwas mitgeben. In verschiedenen Kantonen gibt es neuerdings die Möglichkeit von Balkon-PV. Bei der Balkon-PV können maximum zwei Platten auf dem Balkon montiert werden, das sind maximum 600 Watt Peak. Das ist nicht sehr viel. Die EWS müssen dann keine Einspeisevergütung machen, was durchaus sinnvoll ist, da man nicht extra Zähler montieren muss. Ich habe bei mir 300 Watt montiert, da ich sonst schon 50% der Wasserwerke schenken werde, und habe festgestellt, dass ich Zähler habe, die in beide Richtungen Strom messen. Es wäre spannend, ob die WWZ nicht dort, wo schon Zähler vorhanden sind, die Leute motivieren könnte, selbst im kleinen Rahmen – denn Kleinvieh macht bekanntlich auch Mist – mehr zu montieren und damit ein kleiner Beitrag mehr geleistet werden könnte. Wenn es auch nur ein

paar Rappen mehr als symbolischer Beitrag gibt. Das könnte man bei der WWZ vortragen.

Nichtsdestotrotz stimmen wir von den Grünliberalen dem Antrag der Gemeinde zu und hoffen, dass im Sinne der Ausführungen darauf hingearbeitet wird.

Ivan Abramovic

Schön, sind sie heute Abend hier. Ich spreche heute Abend das erste Mal vor Ihnen. Mein Name ist Ivan Abramovic und ich spreche für die Mitte Baar. Ich spreche zu diesem Traktandum, es hängt jedoch auch mit dem nächsten Traktandum zusammen. Es ist thematisch sehr naheliegend.

Es ist ein schöner Gedanke, dass die Gemeinde Baar und vielleicht sogar die ganze Schweiz durch Solarenergie die Energieunabhängigkeit von sogenannten Diktaturen erlangen könnte. Auch der schonende Umgang mit unseren Ressourcen mittels erneuerbarer Energien ist uns von der Mitte wichtig. Die Mitte Baar ist jedoch auch realistisch. Deshalb lehnen wir diese Vorlage entschieden ab.

Die zinslose Vergabe von Darlehen für jegliche Photovoltaikanlagen ist kein schonender Ressourcenumgang. Wir sprechen hier über öffentliche Gelder, um – salopp gesagt – Solarpanels einfach irgendwo hinzustellen. Selbst wenn die Schweiz im Klimanotstand wäre und selbst wenn Solarpanels diesen lösen könnten, muss die Sonne darauf scheinen. Bei jeglichen Standorten ist das nicht der Fall. Insofern erscheint uns die Annahme der Motion eher kontraproduktiv im eigentlichen Sinn.

Die Gemeinde Baar, so haben wir es heute gehört, ist kein Restaurant. Noch weniger ist sie eine Bank. Auch soll sie nicht – wie der Motionär erwähnt hat – künstlich Arbeitsplätze in einem bestimmten Wirtschaftszweig schaffen. All diese Punkte übersteigen unserer Meinung nach die Kompetenz einer Einwohnergemeinde und würden einen grossen unwirtschaftlichen Verwaltungsaufwand bedeuten.

Im nachfolgenden Traktandum bestärkt die ALG Baar die Neugründung eines weiteren Gefässes von öffentlichen Geldern. Dies in Form einer Trägerschaft. Die Mitte Baar steht dem kritisch gegenüber und ist der Ansicht, dass unsere Privatwirtschaft schon genügend Fördermöglichkeiten anbietet und auch Subventionen vom Bund bereits vorhanden sind.

Zinslose Darlehen, Neuschaffung von Gefässen – bei aller angestrebten Energieunabhängigkeit sollten wir auch darauf achten, dass wir nicht alles Mögliche der Gemeinde und damit den Baarer Steuerzahlenden anhängen. Im Namen der Mitte Baar bitte ich Sie, gegen die Motion und damit für die Nichterheblicherklärung zu stimmen.

Adrian Rogger

Wir von der SVP Baar stehen hinter dem Gemeinderat und empfehlen, diese Motion als nichterheblich zu erklären und abzuschreiben.

Wenn man sich erkundigt, googelt und recherchiert findet man unzählige Formen von Unterstützungsangeboten zur Beteiligung oder Anschaffung einer PV-Anlage. Firmen wie zum Beispiel Helion, Solarify und Yoanergy bieten attraktive, angepasste und kreative Lösungen für alle an. Die Zuger Kantonalbank hat sogar ein Angebot, das sich

«Grüner Kredit» nennt. Sie schreibt auf ihrer Website: «Die Zuger Kantonalbank lanciert zinslosen Kredit für nachhaltige Heizungssanierungen. Die Zuger Kantonalbank setzt sich für die Umwelt ein. Mit dem Grünen Kredit unterstützt sie die Ablösung von Öl- und Erdgasheizungen durch Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen in der Wirtschaftsregion Zug.»

Angebote sind in meinen Augen mehr als genug vorhanden. Da muss die Gemeinde Baar sicher nicht in die Privatwirtschaft eingreifen und die Privatwirtschaft konkurrenzieren. Und Bank spielen, ist sicher auch nicht die Aufgabe der Gemeinde.

Der Schweizer Markt funktioniert beim Thema Photovoltaikanlagen sowie Solarthermieanlagen eigenständig und einwandfrei. Angebot und Nachfrage funktionieren und solange es das tut, braucht es keinen Eingriff vom Staat. Im Gegenteil: es funktioniert eigentlich zu gut. Anbieter werden von Anfragen überrollt. Wenn man sich herumhört und sich erkundigt, sind die Auftragsbücher übertollt. Es gibt Wartelisten mit teilweise über einem Jahr Wartezeit. Zusätzlichen Anreiz oder Unterstützungshilfen zu schaffen, die es schon gibt oder die Entwicklung beschleunigen wollen, wo die Anbieter gar nicht mehr nachkommen, macht in unseren Augen keinen Sinn.

Wie auch der Gemeinderat unterstützen wir von der SVP im Grundsatz die Ausführungen des Motionärs und können die Argumentation und die Vorteile bezüglich Gesundheit, Ökologie, Wirtschaft und Unabhängigkeit voll und ganz nachvollziehen. Dagegen sind wir nicht. Doch den Auftrag an die Gemeinde mit dieser Motion braucht es schlicht und einfach nicht, denn die Angebote sind bereits vorhanden.

Walter Lipp

Es gibt die sogenannte Erheblicherklärung und die Nichterheblicherklärung. Bei der Teilerheblicherklärung ist es auch beim Kanton so, dass die Umsetzung schwierig ist. Man muss das Protokoll nochmal lesen, damit man dann auch weiss, was genau gemeint wurde.

Wir möchten nichterheblicherklären, da wir keine Bank sein möchten. Doch der Gemeinderat möchte trotzdem etwas unternehmen bzw. Vorschläge ausarbeiten und Ideen generieren, dies zusammen mit der Energiefachkommission, die aus Baarer Bürgerinnen und Bürgern besteht. Das nennt man Mitwirkung. Sie werden zusammen mit der Abteilung Finanzen / Wirtschaft Ideen entwickeln, diese präsentieren und anschliessend wird der Gemeinderat entscheiden, ob es ein Gefäss ist, das man weiterverfolgen kann oder nicht. Falls nicht, werden wir es den Parteien kommunizieren und es besteht wieder der Weg von einem politischen Vorstoss.

Wir möchten die Motion nicht einfach vom Tisch weisen, sondern wir möchten das Anliegen weiterverfolgen. Das Thema ist interessant. Wir möchten aber nicht Bank spielen. Selbstverständlich werde ich den Antrag auf Teilerheblicherklärung vorbringen.

Die Anliegen an die WWZ werde ich als Verwaltungsrat mitnehmen. Ich habe bereits zwei Anträge, die ich stellen kann. Ich bin dort nicht Allein-Sagend, doch selbstverständlich kann ich das einbringen. Pirmin ist Präsident vom Polizeiverband und kann Anliegen (zum Beispiel eine neue Uniform) auch nur aufnehmen. Ich werde die Anliegen wegen der Balkon-PV und betreffend Rückspeisung mitnehmen.

Zari Dzaferi

Ich möchte kurz auf die Trägerschaft zu sprechen kommen. Es ist ein Thema, das einerseits Pirmin als Finanzvorstand und andererseits mich als Bauvorstand betrifft, da es auch mit dem Thema Bau zusammenhängt.

Die Genossenschaft muss von Ihnen kommen und wir unterstützen Sie gerne. Ich habe die Unterlagen bereit und wir könnten heute Abend loslegen. Es ist ähnlich wie bei den Wohnbaugenossenschaften, bei denen sich eine Gruppierung bildet, die zusammen etwas erreichen möchte. Sie brennen dafür, sie möchten etwas realisieren und haben Ideen. Nur so kommt es zum Fliegen. Wir als Gemeinde finden es eine Möglichkeit, sich zu partizipieren. Das können wir gerne so machen. Wir sind jedoch darauf angewiesen, dass es die Leute machen möchten. Es ist nicht so gemeint, dass wir als Gemeinde diese Genossenschaft gründen und sie zwei oder drei Angestellte der Gemeinde betreiben. Das muss von Ihnen kommen und es ist wichtig, dass Sie das heute so mitbekommen. Wir werden unsere Aufgaben machen und über die Energie- und Klimakommission orientieren, wie wir zusammenkommen können. Wir werden ein Angebot schaffen, bei dem sich Interessierte treffen können. Es ist in unserem Sinn, dass wir eine Möglichkeit bieten, damit sich Interessierte treffen können. Wenn Sie heute oder morgen Ideen haben oder sich zusammenfinden möchten, können Sie sich bei uns melden. Dann werden wir das zusammentragen und die nächsten Monate auf Sie zukommen. Eine Trägerschaft oder Genossenschaft aufzubauen, ist eine interessante Idee. Andererseits wurde auch schon gesagt, dass es bereits heute verschiedene Genossenschaften gibt, bei denen sich Gruppierungen zusammengefunden haben, um solche Genossenschaften zu gründen. Man kann sich heute schon beteiligen, wenn man etwas realisieren möchte.

Auch wenn Sie es nicht vom Restaurant Baar-City aus machen können, wenn Sie über die Dächer schauen, werden Sie feststellen, dass wir auf den Dächern der Gemeinde Baar grosses Potential haben. Das wird beim nächsten Traktandum nochmals angesprochen. Doch die grössten und interessantesten Dächer gehören irgendwem und meistens sind es nicht unsere Dächer. Wenn ein Grundeigentümer auf seinem Dach nichts realisieren möchte, könnte möglicherweise in Form einer Genossenschaft eine PV-Anlage installiert werden und wir können die Energie im Dorf brauchen.

Dies zum Thema Genossenschaft oder Trägerschaft. Sie werden von uns hören im Sinne, dass wir das ausschreiben werden und Sie darauf aufmerksam machen, dass wir ein Treffen organisieren. Der Ball ist bei Ihnen, damit eine solche Genossenschaft zum Fliegen kommt.

Walter Lipp

Wir haben zwei Anträge, der Antrag des Gemeinderates auf Nichterheblicherklärung und der Antrag der SP auf Teilerheblicherklärung. Ich schlage vor, dass ins erste Mehr der Antrag des Gemeinderates kommt. Anschliessend formuliere ich den zweiten Antrag.

Der Antrag auf Teilerheblicherklärung wird abgelehnt.

Antrag

Die Motion von Erich Schmidiger betreffend «Zinslose Darlehen für jegliche Photovoltaikanlagen sowie Solarthermieanlagen auf dem Baarer Gemeindegebiet» sei im Sinne der vorstehenden Ausführungen als nicht erheblich zu erklären.

Beschluss

Die Motion von Erich Schmidiger betreffend «Zinslose Darlehen für jegliche Photovoltaikanlagen sowie Solarthermieanlagen auf dem Baarer Gemeindegebiet» wird nicht erheblich erklärt.

Traktandum 4

Interpellation der Alternative – die Grünen Baar «Mehr Solarstrom für Baar» – Beantwortung

Die Vorlage des Gemeinderates vom 7. März 2023 bildet zum Protokoll einen integrierenden Bestandteil.

Ivo Egger

Im Namen der Alternativen – die Grünen danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen. Daraus geht hervor, dass bereits im Jahr 2021 eine externe PV-Potentialstudie für die gemeindeeigenen Liegenschaften erstellt wurde. Dass der Gemeinderat die Ergebnisse der Studie im Anhang zur Interpellationsbeantwortung aufführt, ist ein Zeichen der Transparenz und wird unsererseits geschätzt. Die Darstellung in der Tabelle zeigt, dass mit dem Potential aller Gebäude Strom für rund 1'000 Einfamilienhäuser produziert werden könnte. Davon sind wir aber zurzeit noch weit entfernt.

Die Spaltenüberschrift sowie die Farbgebung der Zellen bezüglich Deckung des Eigenstromverbrauchs durch die eigenen PV-Anlagen erachten wir als unglücklich. So bedeutet beispielsweise beim Hallen- und Freibad Lättich der rote Kasten lediglich, dass mit dem Strom der eigenen Solaranlage nur ca. 20% des dortigen eigenen Stromverbrauchs gedeckt werden kann. Wir finden das irreführend. Dies kann aber kein Kriterium für oder gegen den Bau einer PV-Anlage auf dem Lättich-Dach sein.

Was seit dem Jahr 2021 mit den Erkenntnissen der externen PV-Potentialstudie gemacht wurde, wird jedoch leider in der Beantwortung nicht aufgeführt. Im Gegenteil wird gar als nächster, 2. Schritt, bezüglich weiteres Vorgehen nur angegeben, dass die Gemeinde eine detaillierte Machbarkeitsstudie bei gut geeigneten Dächern/Gebäude durchführen könnte. Die Ausführungen des Gemeinderates bezüglich Tempo zur Umsetzung scheinen somit wenig ambitioniert und orientieren sich hauptsächlich am Sanierungsbedarf der Dächer.

Was bedeutet also diese «könnte»-Formulierung nun konkret? Aus unserer Sicht sind PV-Anlagen innert weniger Jahre amortisiert, so dass eine Montage vor einer Dachsanierung in Frage kommen kann. Um von fossilen Energien – und autokratischen Regimes - unabhängig zu werden, und als Beitrag zum Klimaschutz ist umgehendes Handeln angesagt.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er bezüglich Umsetzungstempo über die Bücher geht und seine Aktivitäten im Zusammenhang mit der Nutzung des PV-Potenzials im Rahmen seiner Möglichkeiten beschleunigt. Letztlich wollen unsere künftigen Generationen doch die Energie der Sonne auch noch geniessen können. Weshalb beginnen wir also nicht, sie gleichzeitig und effektiv zu nutzen?

Gaby Billing

Die SP Baar dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die umfassende Beurteilung des Potentials von PV-Anlagen auf den gemeindlichen Liegenschaften. Die Analyse zeigt uns, dass noch sehr viel Potential vorhanden ist. Von den 52 Liegenschaften,

die im gemeindlichen Besitz sind, werden 45 als gut geeignete Liegenschaften eingestuft. 8 von den 45 geeigneten Liegenschaften haben eine PV-Anlage auf dem Dach. Wenn alle gut geeigneten Liegenschaften eine PV-Anlage hätten, könnten sie 95% des Eigenbedarfs decken.

Der Gemeinderat schreibt auf Seite 21 in der Vorlage, dass es ihm ein grosses Anliegen ist, alternative Energien zu fördern. Das freut uns natürlich sehr. Damit dieses Anliegen umgesetzt werden kann, braucht es Daten. Auf Seite 19, weiteres Vorgehen und Zeithorizont, ist als zweiter Schritt eine Machbarkeitsstudie vorgesehen. Ich frage den Gemeinderat, per wann die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit dieser Machbarkeitsstudie rechnen können? Uns fehlen die Termine. Diese Studie wäre nämlich die Grundlage dafür, damit die gemeindlichen Liegenschaften mit PV-Anlagen ausgerüstet werden können. Kurz gesagt: Ohne Studie keine Anlagen. Es gibt aber auch geeignete Gebäude, die man ohne Studie mit einer PV-Anlage ausrüsten könnte. Auf wann ist das geplant? Auch dazu haben wir keine Termine gefunden. Die SP Baar wünscht sich, wie auch die ALG, mehr Verbindlichkeit und hat noch ein paar weitere Fragen und Anregungen.

Gemäss den Unterlagen zur heutigen Gemeindeversammlung möchte die Gemeinde im Rahmen der Energiestrategie 2050 eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir haben in der Präsentation zum Wärme- und Kälteverbund vorhin gesehen, dass die Gemeinde Baar bei fossilen Energien im Kanton Zug an letzter Stelle steht. Es werden somit noch am meisten fossile Energien für die Heizung genutzt. In einem anderen Ranking im Energiereporter – das Ranking wird durch Energie Schweiz erstellt – werden ca. 2'000 Gemeinden in der Schweiz bezüglich Elektromobilität, Solarenergie und dem Ausbaustandard bei den erneuerbaren Heizsystemen bewertet. In diesem Ranking liegt Baar auf dem Platz 322. Wir sind also nicht mal bei den ersten 10%. Das sieht man auch, wenn man das Titelbild zur heutigen Gemeindeversammlung anschaut. Sie sehen auf diesem Foto gleich zwei Gebäude, die eine PV-Anlage haben. Weder das Rathaus noch die Musikschule sind damit ausgerüstet. Dass dieses Foto nicht alt ist, sehen Sie am Pärkli, das neu erstellt wurde.

Die SP Baar findet: Baar kann das besser. Wir haben die finanziellen Mittel, um sinnvolle Investitionen zu tätigen. Die SP ist überzeugt, dass Investitionen in die Klimaneutralität und Energieunabhängigkeit wichtig und sinnvoll sind. Wenn Baar mit seiner enormen Finanzkraft nicht zu den besten 10% gehört, wer dann? Setzen wir uns doch ein klares Ziel. Zum Beispiel, dass Baar beim Ranking von Energie Schweiz auf Platz 199 kommt. Damit wir das erreichen können, stelle ich ein paar Fragen und Anregungen von unserer Seite. Gibt es genügend Ressourcen in der Verwaltung, damit Bewilligungen für PV-Anlagen, Wärmepumpen, Sanierungen usw. schnell erteilt werden können? Können Bewilligungsverfahren allenfalls vereinfacht werden?

Wie schon erwähnt, danke ich Walter Lipp, wenn er bei der WWZ betreffend Einspeisetarife anfragt. Zudem könnte man schauen, wie man Pioniere fördern könnte. Zum Beispiel neue Speicherformen wie Wasserstoffspeicher. Die Trägerschaft für erneuerbare Energien finden wir sehr gut. Und es sind nicht nur Dächer, sondern auch Fassaden geeignet, um mit PV auszurüsten. Last but not least, möchten wir verbindliche Ziele und Termine.

Wir nehmen die Beantwortung der Interpellation zur Kenntnis und wünschen uns eine Stellungnahme zum Ziel, dass Baar beim nächsten Ranking von Energie Schweiz unter den ersten 10% liegt und dass wir eine Antwort zu den Bewilligungsverfahren und zu den verbindlichen Terminen zum weiteren Vorgehen erhalten.

Martin Zimmermann

Nur ganz kurz eine Bemerkung der Grünliberalen. Uns ist ebenfalls aufgefallen, dass die Farbgebung in der Vorlage suboptimal ist. Wir hätten gerne das Einspeisepotential farblich hervorgehoben gesehen. Solange die Rückspeisung kein Problem darstellt – das wäre es erst bei sehr vielen Photovoltaikanlagen – ist es nicht unbedingt ein Kriterium, wie gross der Eigenbedarf gedeckt werden kann.

Denkt nicht nur an die Dächer, denkt auch an die Fassaden. Wir haben ein wunderbares Beispiel neben meinem Geschäft in Steinhausen. Dort hat eine Firma gleich auf der ganzen unbeschatteten Fassade Richtung Süden PV montiert. Das ist für den Winter und die Energiewende wichtig. Mit Blick auf die Zukunft kann ich mir durchaus vorstellen, dass der klassische Hoch- und Niedertarif sowieso wegfallen wird. Irgendwann wird es wahrscheinlich einen Sommer- und einen Wintertarif geben. Das ist rein wegen der Energiewende ein Thema. Dann werden auch Fassaden-PV nochmals wirtschaftlicher und interessanter. Wenn wir weiterdenken, denken wir nicht nur an die Dächer, sondern auch an die Fassaden.

Zari Dzaferi

Danke für die Voten und Fragen. Ich möchte vorneweg festhalten, dass sich der Gemeinderat ein Legislaturziel gesetzt hat, um erneuerbare Energien zu fördern. Er wird dem damit Rechnung tragen und sich um dieses Ziel bemühen und sich engagieren.

Dass die Darstellung unglücklich ist, dem stimme ich zu. Das könnte man in einem anderen Fall besser machen und das Potential anzeigen. Wir nehmen als Hausaufgabe mit, dass wir die Darstellung überarbeiten. Für die, die es interessiert, werden wir es auf der Website aufschalten.

Ich verstehe denn Wunsch, dass man die Solarpanels möglichst schnell auf den Dächern haben und möglichst schnell Energieunabhängig sein möchte. Mein Vorgänger Jost Arnold hat einmal zugesichert, dass bei der Planung von neuen Gebäuden, PV-Anlagen sowieso geprüft respektive installiert werden, wenn es bezüglich Beschattung passt. Auch hat er zugesagt, dass bei der Sanierung von Gebäuden Solarenergie geprüft und umgesetzt wird. Diese Politik wird weiterhin unterstützt. Das ist auch richtig so. Bei einem noch funktionierenden Dach könnte das Dach bei der Installation von Solarpanels allenfalls beschädigt werden oder ein bestehendes Dach abzureissen wäre ökologisch nicht sinnvoll. Wenn man ein Dach neu saniert, werden PV-Anlagen geprüft. So machen wir das auch weiterhin.

Die Machbarkeitsstudie wurde angesprochen. Wir haben einen ersten Schritt gemacht und haben nun die Möglichkeit, diese Studie zu vertiefen und uns mit dem Thema noch tiefer auseinanderzusetzen, wie und wo wir Solarenergie auf die Dächer bekommen. Einen genauen Zeitplan kann ich nicht angeben. Das macht auch keinen Sinn. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass wir auf einem Dach eine Solaranlage installieren könnten, ist es davon abhängig, wann das Dach sanierungsbedürftig ist. Es macht keinen Sinn, ein Dach, das noch ein paar Jahr zu leben hätte, mit Solarpanels auszurüsten und später müsste man wieder neue haben.

Zu den Ressourcen in der Verwaltung. Sie haben vielleicht die Stellenanzeigen in der Zeitung gesehen. Wir können immer noch mehr gute Leute brauchen. Wir sind mit den Ressourcen knapp. Wir sind in der Gemeinde Baar mit der Ortsplanungsrevision und mit allen Bauvorhaben, die parallel laufen, in den engen Schuhen. Es ist aber auch

so, dass die Bewilligungspraxis für Solaranlagen geändert wurde. Der Bund hat das Verfahren so verändert, dass Solaranlagen mit einer Bauanzeige bewilligt werden können, sofern nicht der Denkmalschutz oder sonstige Gegebenheiten wie ein Gebäude ausserhalb der Bauzonen beachtet werden müssen. In diesem Sinne können wir Photovoltaik-Anlagen schneller bewilligen. In der Regel haben wir auch wenig bis keine Einsprachen. Beim Baubewilligungsprozess stehen nicht viele Steine im Weg, dass Solaranlagen in Baar schnell realisiert werden können.

Die Förderung wurde noch angesprochen. Wir fördern immer das, was im Moment noch nicht so bekannt oder neu auf dem Markt ist. Solaranlagen fördern wir nicht mehr. Solaranlagen sind mittlerweile wirtschaftlich und die Angebote vorhanden. Das wurde vor Jahren gefördert. Wir prüfen aktuell die Förderung von Batteriespeicher. Das ist ein neues und interessantes Thema. Wenn man zum Beispiel in unserem Werkhof die Fahrzeuge irgendwann elektrisch betreiben würde, könnte man auf den Dachflächen tagsüber Energie speichern und produzieren und in der Nacht könnte man die Fahrzeuge laden. Das ist ein Beispiel und es ist ein Thema, welches immer mehr in den Haushalten zur Anwendung kommt. Wir prüfen zurzeit, wie wir Batteriespeicher fördern können.

Glauben Sie uns, wir bleiben auf dem Gas, damit wir schnell umsetzen können. Es ist uns ein Anliegen, dass wir die Solarpanels aufs Dach bekommen. Es muss aber auch bei der Handhabung und Umsetzung Sinn machen. Ein funktionierendes Dach abzureissen und neu zu machen, nur damit Solarpanels installiert werden können, macht keinen Sinn.

Antrag

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative – die Grünen Baar «Mehr Solarstrom für Baar» sei Kenntnis zu nehmen.

Beschluss

Von der Beantwortung der Interpellation der Alternative – die Grünen Baar «Mehr Solarstrom für Baar» wird Kenntnis genommen.

Walter Lipp

Die Gemeindeversammlung ist vorbei. Es waren 441 Personen hier. Der Gemeinderat wird bemüht sein, wieder einmal so interessante Geschäfte zu traktandieren, damit wir die Gemeindeversammlung so aufrechterhalten können. Herzlichen Dank für Ihr Erscheinen.

Sehr gerne hätte ich mit Ihnen in Kürze im Baar-City angestossen. Da dies leider nicht möglich ist, verschieben wir uns hier im Gemeindesaal zum Apero. Allenfalls gibt es ein logistisches Problem. Es wurde mir aber versichert, dass es genügend Baarer Bier hat und wir auf die heutige Gemeindeversammlung und auf einen guten Frühling miteinander anstossen können.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass am 14. Juni wieder eine Gemeindeversammlung hier im Gemeindesaal durchgeführt wird. Wir können ein ausgezeichnetes Resultat präsentieren. Wir werden auch dort zusammen diskutieren und schauen, dass es uns in Baar weiterhin gefällt.

Bleiben Sie gesund.

Für das Protokoll



Andrea Bertolosi
Gemeindeschreiberin

Baar, 24. Mai 2023 BEA/nust